

Sicherheit und Entwicklung als »White Man's Burden«? – Schlüsse und Thesen

»The emergence of new forms of instability has reinforced the symbolic line that aid policy has drawn between the pre- and post-Cold War periods. Not only has conflict been rediscovered, but development assistance has simultaneously been granted a new lease of life as a structural form of conflict prevention. Hence, despite a history of failure, it has been repackaged as a valuable, indeed, as an essential weapon in the armoury of liberal peace.«
(Mark Duffield)

Es stellt sich nun die Frage, welche Erkenntnisse aus der vorliegenden Untersuchung von Konzepten und Praxen jenes Komplexes, den ich als »sicherheitspolitische Entwicklungszusammenarbeit« bezeichnet habe, gewonnen werden können. In der Diskussion dieser Frage möchte ich Überinterpretationen vermeiden. Dennoch behaupte ich, und anders ließe sich der Aufwand der Untersuchung schwerlich rechtfertigen, dass die Lesart, die ich durch meine Aufschlüsselung des empirischen Materials mit dem analytischen Rahmen als entscheidendem Raster von dessen Anordnung anzubieten in der Lage bin, Einsichten ermöglicht, die einem ersten oder vielleicht auch zweiten Blick auf die Dokumente oder die praktischen Abläufe wahrscheinlich verborgen bleiben würden.

Zu verstehen ist der Prozess vermutlich am besten als Erarbeitung eines spezifischen Systems von Ordnung, das zunächst durch die Form der Anordnung von Aussagen – seien sie praktisch, seien sie institutional, seien sie diskursiv – eine genauere Einschätzung der inneren Logik

und des strategischen Gehalts eines Dispositivs öffnet. Zugleich ermöglicht sie aber auch mittels einer Einordnung, sowohl im historischen Sinne als auch im Verhältnis zu anderen alternativen Formationen, einen Blick, der über den unmittelbaren Kontext des konkreten Untersuchungsfeldes hinausreicht.

Es gibt mittlerweile zahlreiche Untersuchungen zur Frage der Tätigkeiten bilateraler oder multilateraler Geberagenturen im Umgang mit bewaffneten Konflikten, die mit unterschiedlicher Zielsetzung, einem dementsprechend unterschiedlich gelegten Niveau und verschiedenen ausgerichteter Kritik die Konzepte, Abläufe und Praktiken darstellen. Sie geben einen breiten und zum Teil überaus genauen Überblick über die laufenden Maßnahmen, ihre Stärken und ihre Mängel. In diesem Zusammenhang können die von mir gewonnen Aussagen vielleicht einzig als Bestätigung einer schon vergleichsweise alten Erkenntnis entwicklungskritisch ausgelegter Untersuchungen dienen, dass die Interventionen, die Entwicklungspolitik setzt, und die Zielvorstellungen, von denen sie dabei geleitet wird, in der Tat mehr mit jenem politischen und sozialen Bezugssystem zu tun haben, in dem die Entwickler/innen selbst leben, als mit jener Realität, mit der sie in den Zielregionen ihrer Tätigkeit konfrontiert sind. Damit bestätigt sich ein ohne Zweifel vorhandener kolonialistischer Gehalt von Entwicklung (was für Sicherheit und Sicherheitspolitik im Übrigen ebenso uneingeschränkt gilt).

Dies allein wäre als Erkenntnisgewinn allerdings wenig spannend. Zwar hat eine solche Aussage (immer noch, bin ich versucht zu sagen) provokativen Gehalt und ist damit alles andere als nebensächlich, ebenso verführt sie jedoch zu Plattheiten und Vereinfachungen, denen wenig Erhellendes abzugeben ist. Weder ist Entwicklung die Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln, noch reines Mittel zur (Re-)Produktion kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse, auch wenn sich beides in ihren vielen Verästelungen wiederfinden lässt.

Die entscheidende Frage liegt also darin, was in der Verknüpfung der Beobachtungen mit dem theoretischen Ansatz gewonnen werden kann, Entwicklung und Sicherheit als Dispositive zu interpretieren und die derart konzeptionalisierten Praktiken auf ihre Aussagen über Rationalitäten der Regierung von Menschen auszufragen. Hier denke ich, dass interessante Aspekte gewonnen werden können, die sonst hinter der relativ oberflächlichen Kritik an einer selbstverständlich eurozentristischen Praxis verborgen bleiben würden: Die Verbindung von Sicherheit und Entwicklung vollzieht sich nicht nur, sie erfüllt in der Tat einen strategischen Zweck von Herrschaft, dessen Stärke – gemeint im Sinne der wirksamen Einflechtung in das Netzwerk von Macht – nur aus dem Konkreten heraus verstanden werden kann.

Davon ausgehend möchte ich die Resultate dieser Untersuchung in drei Punkten zusammenfassen, die sich auf die eingangs dargelegten Ausgangshypothesen beziehen, und im Anschluss daran einen Vorschlag anreißen, wie diese Resultate produktiv aufgegriffen werden könnten.

(1) *Sicherheit und Entwicklung verschmelzen.*

Die von mir aufgestellte Ausgangshypothese, dass sich seit Mitte der 1990er Jahre eine tendenzielle Verschmelzung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik abzeichnet, findet auf allen drei Ebenen, auf denen ich die Frage untersucht habe, ihre Bestätigung. Sowohl im allgemeinen theoretischen Verständnis, wie sie von Entwicklungsforschung und Konfliktanalyse repräsentiert werden, bei den strategischen Konzeptionen der führenden Geberinstitutionen wie auch in jenen Ausschnitten der Umsetzungspraxis, die ich dargelegt habe, ist diese Verschmelzung deutlich beobachten.

Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Ich habe mich in meiner Darstellung vor allem auf jene Prozesse konzentriert, die diese Verschmelzung quasi von »oben« bedingen, habe also mehr oder minder eine »Top-Down-Analyse« angeboten. Darin sind jene Abläufe sichtbar geworden, die innerhalb der politischen Entscheidungsebenen und der zentralen entwicklungspolitischen Agenturen zum Aufgreifen der Problemstellung »Sicherheit« geführt haben. Auf dieser Ebene sind Herausforderungen wie die notwendige Neupositionierung beider Politikbereiche nach Ende des Kalten Krieges wesentlich, ebenso wie die Entdeckung von Sicherheit als logische Fortsetzung des Konzepts von Nachhaltigkeit, sowie die Einbindung von Entwicklung in sicherheitspolitische Konzepte angesichts der Aufweichung eines klassisch (neo-)realistischen Sicherheitsverständnisses.

Genauso gut könnte diese Verschmelzung jedoch auch von anderen Seiten ausgehend erzählt werden – etwa, wie eingangs erwähnt, aus der Perspektive der Betroffenen dieser Interventionen oder mit Blick auf diejenigen, die die Integration von Entwicklung und Sicherheit aus einem aktivistischen, friedens- oder entwicklungsbewegten Ansatz heraus einfordern und vorantreiben. Obwohl ich letzteren Blickwinkel an einigen Punkten in meine Darstellung miteinbezogen habe, würde eine Untersuchung, die ihren Fokus auf den zivilgesellschaftlichen, aktivistischen Bereich legen und so die Integration von Frieden und Entwicklung gleichsam von »unten« nachzeichnete, zwar vielleicht nicht unbedingt zu komplett anderen Ergebnissen führen, sicherlich aber zur Betonung von Aspekten, die in meinem Zugang nicht in gebührender Deutlichkeit hervortreten.

Eines der wesentlichen Zeichen für die immense Integrationsfähigkeit der Kombination von Entwicklung und Sicherheit ist eben, dass es ihr über Konzepte wie »Human Security«, »Peacebuilding« oder »Democracy Promotion« gelingt, alternative und sogar oppositionelle Strömungen, die den offiziellen Projekten kritisch gegenüberstehen, wieder in den jetzt neu definierten Mainstream hereinzuholen. Dass eine solche Entwicklung nur durch Anstrengung aller Beteiligten möglich werden kann, liegt auf der Hand.

In jedem Fall beweist aber die alle Ebenen durchdringende Wirkung der Verschmelzung von Entwicklung und Sicherheit, dass dieser Prozess als eine Integration zweier bislang distinkt wirksamer Dispositive verstanden werden kann. Es ist alles andere als graue Utopie, ein neues Dispositiv von Sicherheit-Entwicklung anzunehmen, das nicht nur einen neuen, spezifischen Wissenskorpus hervorbringt, sondern auch die Praxis internationaler Interventionen entscheidend verändert hat und weiter verändern wird. Dieses neue Dispositiv bringt eine neue Form des globalen Zugriffs mit sich, die als strategische Antwort auf das letztendliche Scheitern der Sicherheits- und Entwicklungskonstruktionen des 20. Jahrhunderts an den neuen Gegebenheiten, aber auch an ihren allgemeinen Postulaten zu verstehen ist. Insofern wirkt dieses neue Dispositiv nicht nur als Machtverhältnis, sondern herrschaftlich, im Sinne der Reproduktion bestehender globaler Kräfteverhältnisse.

(2) Zivile Intervention vollzieht sich im Spannungsfeld zwischen disziplinarischer Kontrolle und gouvernementaler Steuerung.

Auch die zweite Ausgangshypothese, wonach sich jene Praxen, die sich bei unterschiedlichen Akteuren durch die Verschmelzung der Dispositive von Entwicklung und Sicherheit ergeben, nach neuen Rationalitäten von Regierung vollziehen und, so die dritte Annahme, akteursspezifische Besonderheiten aufweisen würden, bestätigt sich grundsätzlich. Allerdings sind hier einschränkende Bemerkungen notwendig. Denn im Unterschied zu den Formen der Interventionen, im Rahmen derer tatsächlich neuartige Schritte und Maßnahmen entwickelt werden und zur Anwendung kommen, unterscheiden sich die Rationalitäten, nach denen sich diese neuen Maßnahmen vollziehen, nicht grundlegend von jenen, die schon in der Epoche des Kolonialismus wirksam waren.¹

Die Neuartigkeit beschränkt sich also, und dies ist für die historische Einordnung des Gesamtprozesses wichtig, primär auf die Konfigurationen, in denen die Rationalitäten wirken, und die neue Form des Zusammenspiels, das sie kennzeichnet. Der gouvernementale Umgang mit Ak-

1 Vgl. dazu etwa die Arbeiten von Ann Laura Stoler (1995, 2002)

teuren unterscheidet sich erheblich, wenn wir das britische System der »*indirect rule*« betrachten oder die Stärkung politischer Akteure zu ihrem effizienten Funktionieren im Sinne eines wettbewerbsorientierten polyarchischen Systems. Die Durchdringung kolonialisierter Subjekte mit den Methoden einer militärisch gestützten Kolonialverwaltung und die Durchdringung postkolonialer Gesellschaften durch eine professionalisierte Zivilgesellschaft sind in ihrer Form und ihrem Ablauf kaum vergleichbar, zugleich sind beide eine Konsequenz aus einem Verständnis von Regierung, das hauptsächlich auf disziplinarischer Kontrolle beruht. An dieser Stelle eine Neuartigkeit zu behaupten ist nicht möglich, ohne auf die ebenso vorhandenen historischen Kontinuitäten zu verweisen.

Die Unterschiedlichkeit in der Konfiguration der Rationalitäten zeigt sich nicht nur in ihrer historischen Dimension. Der Vergleich der Strategien, Konzepte und Praktiken der beiden Akteure, die ich als Beispiele herausgegriffen habe, macht sichtbar, dass auch zeitlich parallel, in einem vergleichsweise eng umgrenzten Feld wie der sicherheitspolitischen Entwicklungszusammenarbeit, unterschiedliche Zusammensetzungen verschiedener Rationalitäten bestimmend sein können.

Zudem möchte ich vor dem Hintergrund der empirischen Untersuchungen, die ich dargelegt habe, behaupten, dass die Unterschiede, die im Denken und Handeln der USA und Deutschlands als sicherheits- wie entwicklungspolitischer Akteure sichtbar werden, nicht aus einem unterschiedlichen Arbeitsstil oder unterschiedlichen strategischen Orientierungen erklärbar sind. Gerade der Abgleich der strategischen Komponenten mit der Praxis ziviler Intervention fördert eine Widersprüchlichkeit zu Tage, die sich dennoch durch einen durchgängig und einheitlich wirksamen Charakter auszeichnet. Dieser einheitliche Charakter ist zu inkonsistent, um einfach als gut verankerte Strategie verstanden zu werden, zugleich jedoch zu einheitlich, zu konkret, um ihn – etwas einfältig – als Resultat schwer fassbarer Konzepte wie »Kultur« oder »Mentalität« (oder auch »Ideologie«) einzuordnen.

Somit macht es Sinn, von Rationalitäten zu sprechen, und wir sehen eine Zusammensetzung gouvernemantal, disziplinarischer und, in immer schwächerem Maße, souveräner Elemente sowohl in der US-amerikanischen als auch in der deutschen Vorgangsweise. Dass die USA dabei eher zu einer liberalen Spielart tendieren, die gouvernemantale Elemente betont, während Deutschland eher auf disziplinarische und kontrollierende Elemente im Sinne eines dichten, bürgerschaftlich geprägten Staates baut, ist nicht ohne historische Präzedenz.

Es ist dennoch eine überraschende Erkenntnis, dass sich diese Unterschiedlichkeit nicht entlang des traditionellen Widerspruches eines au-

ßenpolitisch »idealistic« orientierten Deutschland gegenüber den »realistic« orientierten USA auftut, wie zunächst anzunehmen wäre. Denn alle Grundkonzepte, die bei beiden Akteuren in der momentanen Ausprägung ihres Handelns zur Anwendung gelangen, sind zutiefst idealistisch geprägt. Sowohl »Democracy Promotion« als auch »Human Security« beziehen sich, genauso wie jene Inhalte, die zumeist in Konzepten wie »Friedensentwicklung« und »Konflikttransformation« transportiert werden, auf unterstellte menschliche Bedürfnisse, die in idealtypischen Konzepten in Form gegossen und transportiert werden.

Zugespitzt ist aus den dargestellten Strategien und Vorgangsweisen ablesbar, dass sich die beiden Ansätze um zwei Schlüsselbegriffe konstruieren, die sich zur Verbindung nahezu beliebig definierbarer Idealbilder mit konkreten strategischen Konzeptionen hervorragend eignen²: »Demokratie« und »Frieden«. Natürlich spielen beide Begriffe für jeweils beide Akteure eine wesentliche Rolle, dennoch wird die Kausalitätsfrage anders beantwortet: während »Demokratie« für die USA quasi automatisch zu »Frieden« führt, ist »Frieden« für die deutsche Herangehensweise die notwendige Voraussetzung für »Demokratie«. Während das Faktum dieser unterschiedlichen Kausalitätskonstruktion leicht aus der Empirie ablesbar ist, ist die Frage nach den Ursachen an dieser Stelle nicht zu beantworten. Selbstverständlich spielen historische Erfahrungen ebenso eine Rolle wie Fragen der politischen Mentalität, die auf Konzepte wie Prozessorientierung (Demokratie als Prozess) gegenüber Zustandsorientierung (Frieden als Zustand) interpretiert werden könnten.

Die von mir vorgeschlagene Lesart interpretiert die Begriffsorientierung aus den Rationalitäten von Regierung, die als jeweils dominant herausgelesen werden können. So spiegelt ein Demokratiebegriff, der mit Konzepten wie Wettbewerbsorientierung, liberaler Marktwirtschaft und polyarchisch-elitärer Ausrichtung verbunden ist, Grundelemente dessen wider, was gouvernementales Regieren definiert. Er ist, und das ist das vielleicht entscheidende Charakteristikum von Gouvernementalität, geprägt von einem Vertrauen in Prozesse der sozialen Steuerung und damit von einem Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, derartige Prozesse in Gang zu setzen, aber auch einem Vertrauen in die entsprechenden Fähigkeiten derjenigen, die damit in die Position der Selbststeuerung (oder, mit einem Foucaultschen Begriff, der »Techniken des Selbst«) entlassen werden.

2 Ich würde diese Begriffe daher mit Ernesto Laclau als »empty signifiers« bezeichnen: »An empty signifier is, strictly speaking, a signifier without a signified« (Laclau 1996: 36).

Eine Orientierung auf den Friedensbegriff bedeutet tendenziell das Gegenteil. Er baut, in seiner Füllung mit dem modernen Konzept eines einheitlichen, inklusiven, aber durchaus »positiven« Friedens, auf einem Wechselspiel von Disziplin und Kontrolle auf. Ein solcher Frieden muss als Konzept gesellschaftlich durchdringend wirksam werden, und da er in seinem positiven Sinne nicht auf souveräne Überwachungsprinzipien (im Sinne eines »negativen« Friedens) reduziert werden kann, zugleich aber offenbar in der Praxis derzeit nicht funktioniert, ist er ohne solche disziplinarischen Maßnahmen, die nicht nur physisch, sondern auch auf die Bewusstseinsebene wirken müssen, nicht denkbar. Nachdem Disziplin dazu tendiert, gebrochen zu werden, ist die umfassende, am besten panoptische Kontrolle – wie sie ja in der Idee von »Human Security« transportiert wird – ein unabdingbarer Begleiter.

Somit baut die Arbeit mit dem Friedensbegriff in ihrem disziplinaren Gehalt auf einem grundsätzlichen Misstrauen auf. Ein Misstrauen in jene sozialen Formationen, in die interveniert wird, weil sie ja als »unfriedlich« oder nicht in geeignetem Maße für den Frieden gerüstet verstanden werden, wie auch auf dem Misstrauen in die eigenen Fähigkeiten als intervenierender Kraft, womit die Notwendigkeit der Kontrolle und möglichst allumfassend präsenter gesellschaftlicher Partner unumgänglich wird: Dies ist der rationale Ausgangspunkt der These der produktiven Partnerschaft eines starken Staates und einer aktiven Zivilgesellschaft als Voraussetzung friedlichen Zusammenlebens.

Eine fast paradoxe Schlussfolgerung aus dieser Unterschiedlichkeit ist, dass der Zugang der USA somit als vielleicht sogar noch idealistischer verstanden werden kann als der deutsche, was allen gängigen politikwissenschaftlichen Interpretationen widerspricht.³ Trotzdem ist die Bedeutung eines solchen Schlusses zu relativieren: Es ist zweifelhaft, ob es für die von der Intervention Betroffenen einen spürbaren Unterschied macht, ob sie als zur Demokratie strebend oder zum Frieden noch nicht fähig eingestuft werden – wenngleich es zu den wenigen historischen Grundwahrheiten gehören mag, dass ein Mehr an Idealismus gewöhnlich dazu tendiert, sich in einem Mehr an kriegerischer Gewalt auszudrücken.

3 Dies gilt etwa für Robert Kagans zum Selbstläufer gewordenen Metapher, wonach »Americans are from Mars and Europeans are from Venus« (Kagan 2004: 3). Dagegen würde ich davon ausgehen, dass sowohl Amerikaner als auch Europäer solide Standbeine auf beiden Planeten haben, wenngleich sie diese Standbeine auch unterschiedlich einsetzen.

(3) Sicherheit und Entwicklung als »White Man's Burden«?

Als ich zuvor die Unterschiede zwischen den Praxen eines gegenwärtig im Entstehen begriffenen Sicherheit-Entwicklung-Dispositivs und den Kolonialregimen hervorgehoben habe, habe ich mich in der Erwähnung von Kontinuitäten auf die gleichartigen rationalen Muster von Regierung beschränkt, die da wie dort zum Ausdruck kommen. Dies ist natürlich nur ein Teil der Gemeinsamkeiten, wie auch durch die provokative Verwendung von Rudyard Kiplings Phrase von der Bürde des weißen Mannes zum Ausdruck kommen soll. Weder Sicherheit noch Entwicklung – und schon gar nicht ihre Synthese – ist ohne ein System globaler Asymmetrien denkbar, das über simple ökonomische und militärische Herrschaftsprozesse hinausgeht.

Gerade im Kontext einer integrierten Wirksamkeit von Sicherheit und Entwicklung ist eine Asymmetrie auch in der Frage des Wissens notwendig. Ein Dispositiv kann ohne die Generierung eines entsprechenden Wissenskorpus und seine Verknüpfung mit dem Kontext von Macht, dem Macht-Wissen-Komplex, nicht in Funktion treten, was bei Dispositiven, die primär auf globaler Ebene wirken sollen, naturgemäß zu einer Frage epistemischer Qualität wird. Ein Zusammenstoß verschiedener Wissen ist nicht vermeidbar, und welches Wissen auf welchen Platz verwiesen und mit welcher Wertigkeit ausgestattet wird, wird zur Schlüsselfrage für die Effektivität oder das Scheitern eines Dispositivs.

Hier wird der Umgang mit lokalem Wissen zentral, denn es ist eine unabdingbare Notwendigkeit, eine Argumentationslogik zu konstruieren, die lokales Wissen auf jene Ebene zurückstuft, wo es nicht zum Störfaktor werden kann. Mahmood Mamdani (2001: xiv) beschreibt jenen Prozess am Feld der »area studies«, wie er ebenso im Bereich der Entwicklungs-, Konflikt- und allzu oft auch der Friedensforschung verläuft: »To the extent the enterprise of area studies was driven by a search for the latest empirical facts, it needed native informants – not native intellectuals – in the area of expertise. The result, at best, was a polite coexistence whereby local intellectuals and area study experts acknowledged one another through what had been called benign neglect in a different context.« Der in Sri Lanka feststellbare Prozess entspricht nicht diesem bestmöglichen Resultat: Ganze Programme widmen sich der Herausforderung, lokale Intellektuelle in die Rolle von Expert/innen zu pressen. Gerade im Kontext des Zusammenpralls von Entwicklungspolitik mit bewaffnetem Konflikt, im Rahmen dessen lokale Intellektuelle von den internationalen Akteuren als besonders in die Pflicht genommen verstanden werden, ist Sri Lanka alles andere als ein Einzelfall.

Entlang des Schemas, dass diese lokalen Expert/innen zwar ein Vielfaches mehr über den lokalen und regionalen Kontext zu sagen, die internationalen Konflikt- und Entwicklungsexpert/innen jedoch nicht nur das zeitgemäße akademische Know-how, sondern einen breiten Erfahrungshorizont einzubringen hätten, wird eine produktive Symbiose behauptet, in der dennoch eine klare Richtung vorgegeben ist. Es gibt keine Capacity-Building-Workshops lokaler Intellektueller für internationale Expert/innen. Die Wissenshierarchie funktioniert umgekehrt, wobei jene lokalen Intellektuellen, deren Expertise für nützlich gehalten wird, ebenso im Ausbildungsprogramm integriert werden können wie jene, die den Wissenskorpus bereits ausreichend verinnerlicht haben. Am grundsätzlich asymmetrischen Charakter der Veranstaltung ändert das nichts: Die für die Existenz des Dispositivs unabdingbaren Formen von Wissen bleiben Teil der Intervenierenden, und ihre Verbreitung – wie schon im Kolonialismus und der »klassischen Epoche« der Entwicklungspolitik – Teil des »White Man's Burden«.

Was folgt nun aus dem Gesagten? Grundsätzlich würde ich mir natürlich wünschen, dass daraus nichts folgt, wobei dieses »nichts« allerdings auch zu bedeuten hätte, dass jene Operationen, die gegenwärtig im Sinne von internationaler Sicherheit, Frieden, Demokratie und der Menschenrechte erfolgen, stoppen müssten. So will ich ein solches »nichts« in erster Linie als bewusst provokant formulierte Antwort auf jene gängige Kritik an der von mir gewählten »unkonstruktiven« Vorgangsweise verstanden wissen, die sofort geneigt ist zu fragen: Aber was ist nun zu tun angesichts des Elends, des Krieges, der Armut, der Unterentwicklung?

Ein solch moralisch durchtränkter Zugang tendiert nicht nur dazu, einfache Erklärungsmuster auf vermeintlich einfach zu durchschauende Phänomene anzuwenden und sich damit im Sinne erkennender Subjektivität in eine Position nahe der analytischen Allmacht zu versetzen. Er tendiert auch dazu, die Folgen der geforderten oder gesetzten Konsequenzen zu negieren – ganz abgesehen davon, dass er ohnehin nicht in der Lage ist, sie im Vorfeld abzuschätzen, denn dies würde wiederum jene analytische Allmacht voraussetzen, die höchstens Teil eines für gewöhnlich eurozentrisch gefärbten Idealbildes sich als politisch handhabbar gebärdender Sozialwissenschaften ist. Diesem Selbstverständnis ist das »nichts« entgegenzusetzen, ebenso wie einem dafür grundlegenden Verständnis von handlungsorientierter Wissenschaft.

»Wissenschaft gedeiht deshalb am besten fernab von Zwang und Macht. Auch Demokratien fordern von uns Wissenschaftern Wissen und Konsens – wir aber beschäftigen uns meist mit Unwissen und Widerspruch. Zum Konsens haben

wir ein gespaltenes Verhältnis: Wir suchen ihn – und misstrauen ihm dann. Wir sind uns bewusst, dass die wissenschaftliche Wahrheit von heute schnell der Irrtum von gestern sein kann« (Schatz 2007).

Obwohl diese Bemerkungen auf die Forschung zum Klimawandel und den Zwang zum Konsens im Sinne der analytischen Bestätigung einer durch den Menschen bedingten globalen Erwärmung gemünzt sind, lassen sie sich in vollem Umfang auf Disziplinen wie Politikwissenschaft, Internationale Beziehungen, Entwicklungsforschung, Konfliktanalyse oder Friedensforschung übertragen. Mit einer wichtigen Einschränkung: Es gibt kein Wissen und damit auch keine Wissenschaft »fernab von Macht«. Jedes Wissen ist in Macht eingebunden, ebenso wie jeder Versuch, es einzufangen, darzustellen oder zu interpretieren. Damit wird aber die Frage der Positionierung von Wissenschaft, bewusst verstanden als subjektives, persönliches Unternehmen, zur Gestaltung des Verhältnisses zur Macht entscheidend.

Und hier gibt es letztendlich, naturgemäß mit allen möglichen Nuancierungen, die denkbar sind, nur zwei Pole. Entweder positioniert sich Wissenschaft im Sinne der Macht und damit der Suche nach Konsens und praktischer Anwendbarkeit, oder sie positioniert sich gegen sie und konzentriert sich auf ihr wertvollstes Gut: die Kritik. Wissenschaft, so verstanden als Prozess des Widerstandes, dem notwendigen und ständigen Begleiter von Macht, muss sich demzufolge bei der Erarbeitung von Vorschlägen und Rezepturen grundsätzlich skeptisch verhalten, will sie ihre Positionierung nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Entwicklung und Sicherheit sind nur zwei Beispiele für die hervorragende Integrationsfähigkeit, die Dispositive als die konkrete Operationalisierung von Macht auszeichnet.

Aber wo liegt dann die Stoßrichtung von Wissenschaft als Kritik? Wo liegt ihr Ziel? Letzteres vermag ich nicht zu sagen, und nicht nur, dass ich es nicht vermag, ich will es auch nicht. Eine Stoßrichtung zeichnet sich demnach relativ eindeutig ab, und sie orientiert sich an dem, was der herrschende Macht-Wissen-Komplex vorgibt. Natürlich bleibt sie damit in den engen epistemischen Grenzen, aber solche Grenzen werden ohnehin nicht im Elfenbeinturm gesprengt, sondern in konkreten sozialen Prozessen. Wissenschaft ist dabei notwendiger Teil, auf Seiten der Macht wie auf Seiten des Widerstandes. Wenn es stimmt, wie Foucault mutmaßt, dass Macht und Wissen in einem untrennbaren Zusammenhang stehen und ohne einander nicht nur nicht funktionieren, sondern sich sogar gegenseitig hervorbringen, stimmt es auch, dass Wissenschaft eine wesentliche soziale Rolle zu spielen hat, wenn sie sich *nicht* kramphaft praxisorientiert verhält.

Hier liegt die potenzielle Bedeutung einer Haltung, die ich schon eingangs der Arbeit angeführt habe: der Haltung des Verrats. Verrat als Provokation, als Humor, aber auch als potenzielle Sprengkraft ist mehr als ein schlichtes Sich-Entziehen, ein Wegducken vor Verantwortung, wie Moralgeleitete es so gerne verstehen wollen. Es ist vielmehr ein Weg, der in der Lage ist, die Positionierung im Widerstand mit einer konkreten politischen Intervention zu verknüpfen, Kritik zu üben und sich der Konstruktivität zu enthalten. Verrat schafft einen politischen Raum, der von Dispositiven nicht zu vereinnahmen ist, weil er sich quasi natürlich auf die Suche nach den Schwachpunkten begibt, die Gegnerschaft sucht, nicht mitspielen will. Und damit wird Verrat zum Weg, der sich zwar nicht jenseits von »Zwang und Macht« bewegt, sich aber jenseits davon positioniert; und somit zur Voraussetzung wird, unter der Wissenschaft gedeihen kann.

